



II-2878 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH

Bundesminister für Gesundheit, Sport  
und Konsumentenschutz  
HARALD EITL

1031 Wien, Radetzkystr. 2  
Tel. (0222) 711 58,0

11. Juli 1991

GZ 20.004/30-I/D/14a/91

Herrn  
Präsidenten des Nationalrates  
Dr. Heinz FISCHER

Parlament  
1017 W i e n

1116 IAB  
1991 -07- 12  
zu 10771J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Keppelmüller und Genossen haben am 14. Mai 1991 unter der Nr. 1077/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Mißstände bei der Entsorgung von gefährlichen Abfällen in Arztpraxen gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Sind Ihnen die aufgezeigten Mißstände bei der Entsorgung von Abfällen aus Arztpraxen bekannt?  
Wieviele Prozent der gesamten Arztpraxen anfallenden medizinischen Abfälle werden derzeit entsprechend der Ö-Norm S 2104 getrennt gesammelt und fachgerecht entsorgt?
2. Was gedenken sie zu tun, damit die aufgezeigten Mißstände rasch beseitigt werden und die Ärzte die Ö-Norm S 2104 tatsächlich einhalten?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Jede Berufsgruppe hat in ihrem Bereich alle Maßnahmen zu treffen, um die Umweltbelastungen zu minimieren. In diesem Sinne ist es nicht nur eine Pflicht sondern eigentlich eine Selbstverständlichkeit, daß auch die Ärzte in ihren Praxen alle zumutbaren Vorkehrungen treffen, um ihren Beitrag zur Abfallvermeidung, zur Abfallverminderung und zur ordnungsgemäßen Entsorgung von Abfällen zu leisten.

- 2 -

Als Gesundheitsminister habe ich selbstverständlich ein aktives Interesse daran, daß diesen Forderungen eines zeitgemäßen und fortschrittlichen Umweltschutzes entsprochen wird.

Die Frage der Entsorgung von gefährlichen Abfällen in Arztpraxen fällt jedoch unter die Bestimmungen des Abfallwirtschaftsgesetzes und somit in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie.

Ich verweise daher auf die Beantwortung der gleichlautenden Anfrage Nr. 1076/J durch die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie.

